



## Großes Solarfest in der Stadthalle

Martin Winter

Mit einem großen Fest feierte der Rosenheimer Solarförderverein den Erfolg der Aktion "1000 m<sup>2</sup> Sonnenkollektoren im Rosenheimer Land". Die stolzen Solaranlagenbesitzer, Handwerker, Politiker und interessierte Mitbürger füllten die Rosenheimer Stadthalle bis auf den letzten Platz. Mit Sonnen in allen Farben und Formen hatte der Freie Montessori-Kindergarten den Saal dekoriert. Und mit einem großen gemeinsamen Bild zeigten die Schüler der Klasse 2b der Prinzregenschule, wie sie sich ein Zusammenleben von Menschen und Natur unter den wärmen Strahlen der Sonne vorstellen.

### Gemeinsam zum Ziel

Die gemeinsame Leistung von Bürgern, Handwerkern und Kommunen betonte Martin Winter in seiner Begrüßungsrede. Denn am Ende der Aktion waren nicht nur 1000 m<sup>2</sup>, sondern 1845 m<sup>2</sup> Sonnenkollektoren neu installiert worden.

OB Dr. Stöcker beschrieb die Entwicklung, die der Rosenheimer Solarförderverein aus seiner Sicht in den vier Jahren seines Bestehens genommen hat. Als kurz nach der

### Inhalt

Großes Solarfest in der Stadthalle	1
Strom aus Wind.....	2
Was ist eigentlich los im Bonner Wirtschaftsministerium?.....	3
Lokale Agenda 21 .....	5
Der Durchbruch zum Solarzeitalter .....	8
Die solare Energiewende ist lebensnotwendig .....	9
Termine .....	10
Förderrichtlinien geändert .....	10
Impressum .....	10

Gründung des Vereins einige Mitglieder des Vorstandes ihn besuchten, maß er Rosolar noch keine wesentliche Bedeutung zu. Inzwischen aber sei der Bekanntheitsgrad und die Wirkung des Vereines im ganzen Landkreis unübersehbar.

### Lokale Agenda 21

Dr. Stöcker kündigte an, daß die Stadt Rosenheim die Entwicklung einer eigenen Lokalen Agenda 21 (siehe Seite 5) noch in diesem Jahr beginnen wolle. Er hoffe dabei nicht zuletzt auf eine aktive Beteiligung von Rosolar, die wir ihm, auch im Namen des Rosenheimer Umweltnetzes (siehe **sonnenpost** 1/97), gerne zusicherten.

Landrat Dr. Max Gimple erwähnte die Aktivitäten des Landkreises im Umweltschutz, beim Energiesparen und bei der Nutzung erneuerbarer Energien.

### Jugendpreise

Reiner Leisner übergab dann die Jugendpreise an die Gewinner. Für ihr Projekt "Solarboote" wurde die Arbeitsgruppe Solarenergie der Realschule Wasserburg ausgezeichnet. Einen Sonderpreis erhielt Benjamin Bartel aus Thansau, der uns eine ideenreiche Bauanleitung für eine Sonnenfalle zur Erwärmung eines Planschbeckens eingesandt hatte.

### Solarpreise

Herr Direktor Konrad Irtel, Vorsitzender des Kreisverbandes der Raiffeisen- und Volksbanken, übergab die "Rosenheimer Solarpreise" an drei Kommunen im Landkreis, die sich besonders für die Solarenergie verdient gemacht hatten.

Der Stadt Rosenheim wurde dieser Preis für ihr wirkungsvolles Förderprogramm verliehen. Die unbürokratische und großzügige Förderung schlug sich auch in der Bewertung der Solaranlagenbesitzer nieder, die Rosenheim eine gute Note gaben.

Die Gemeinde Bernau erhielt den Rosenheimer Solarpreis für die engagiertesten Solarprojekte. So wurde dort z.B. eine Turnhalle mit einer großen Solaranlage ausgestattet. Für ein Baugebiet wurde vorgeschrieben, daß dort Niedrigenergiehäuser und/oder Solaranlagen gebaut werden müssen.

Die Gemeinde Nußdorf erhielt den Preis für die höchste neu installierte Kollektorfläche je 1000 Einwohner. Knapp 50 m<sup>2</sup> entfielen auf jeweils 1000 Bürger.

Jede Gemeinde erhielt 1000 DM, die sinnvoll für Erneuerbare Energien ausgegeben werden sollen. Vielleicht ist dieser Betrag auch der Grundstein für ein umfangreicheres Projekt. Wir werden die Kommunen nach einiger Zeit fragen, wie sie das Preisgeld eingesetzt haben.

### Verlosung

Für viele sicher der spannendste Augenblick war die Verlosung der Geldpreise unter den Anlagenbesitzern durch Sylvia Ruhenstroth-Bauer. Aus einer großen Trommel zog Benjamin Bartel die Gewinnkarten. Zwei der drei Gewinner waren sogar persönlich anwesend und konnten ihre Preise gleich in Empfang nehmen.

1845 m<sup>2</sup> Sonnenkollektoren, für uns eine Bestätigung unserer Arbeit und ein Ansporn für eine Fortset-

Fortsetzung auf Seite 10

# Strom aus Wind

## **Warum Windenergie nutzen?**

Unser derzeitiger Umgang mit Energie wird für zukünftige Generationen erhebliche Probleme verursachen. Enorme Schädigungen von Gesundheit, Umwelt und Gebäuden sind durch die Nutzung herkömmlicher Energieträger (Kohle, Öl, Gas, Uran) bereits entstanden. Fachleute sind sich darin einig, daß ein "weiter so" im Energiebereich dramatische Folgen haben wird. Hierzu kommt, daß die begrenzten Vorräte an herkömmlichen Brennstoffen bei einer weltweit steigenden Energienachfrage nur noch für wenige Generationen ausreichen. Die Nutzung der Atomenergie kann wegen der ungelösten Frage der Entsorgung radioaktiver Abfälle und des unkalulierbaren Risikos einer radioaktiven Verseuchung im Falle eines Reaktorunglücks nicht verantwortet werden. Darum werden wir langfristig unseren Energiebedarf zu 100 Prozent aus regenerativen Energien decken müssen.

## **Wieviel Windkraft ist möglich?**

Die Entwicklung der Windenergie war in Deutschland in den letzten Jahren sehr erfolgreich: 1996 wurden ca. 2,5 Milliarden Kilowattstunden (kWh) Strom aus Windenergie erzeugt. Ende 1996 waren über 4000 Windkraftanlagen mit einer Kapazität von ca. 1.600 Megawatt in Betrieb. Das entspricht der Leistung von drei Kohlekraftwerken. Nach dem Ergebnis der BUND/Misereor-Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" könnte man mit Windkraftanlagen soviel Strom erzeugen, wie heute verbraucht wird.

Dort wurde von unabhängigen Wissenschaftlern ein technisches Potential der Windenergie in Deutschland von 450 Milliarden kWh ermittelt (Stromverbrauch 1995: 471 Mrd. kWh)! Ein realistisches Ziel kann es aber nicht sein, dieses Potential vollständig zu nutzen. Die heutige

Energieverschwendung auf Kosten erneuerbarer Energien, kann im Sinne eines vorsorgenden Klimaschutzes nicht weitergeführt werden. Bei einer deutlichen Senkung des Stromverbrauchs und einer nur teilweisen Ausnutzung des technisch möglichen Windenergiepotentials kann die Windenergie in Zukunft etwa ein Drittel des gesamten Stromverbrauchs in Deutschland decken.

## **Ersetzen Windkraftanlagen Atom- und Kohlekraftwerke?**

Häufig wird von den Windkraftgegnern behauptet Windkraftanlagen würden keine konventionellen Atom- und Kohlekraftwerke ersetzen. Diese Behauptung ist energietechnisch falsch und übersieht die volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Erfahrungen einiger fortschrittlicher Stadtwerke und seriöse Studien belegen, daß eine 600-kW-Windkraftanlage direkt 200 kW an Leistung in konventionellen Kraftwerken ersetzt. Die alten Atom- und Kohlekraftwerke werden also nur noch für eine Übergangszeit als additive Kraftwerke eingesetzt werden.

## **Wieviel Arbeitsplätze schafft die Windenergie?**

Schon heute sind insgesamt 10.000 Arbeitsplätze bei Herstellern, Zulieferern, Planern, Wartungsfirmen, Energieversorgern sowie in der industriellen Vorleistungskette durch die Windenergie entstanden. Ein großer Teil davon in den strukturschwachen Regionen Norddeutschlands, aber auch bei uns in Bayern, Firma Loher - Generatorenbau, oder Pfeleiderer - Turmbau. Neben den unmittelbaren Arbeitsplätzen kommen Kaufkraftgewinne für die Region hinzu. Diese betragen im Jahr 1996 alleine für Niedersachsen rund 100 Millionen DM.

## **Strompreisvergütung**

Der von den Windkraftanlagen erzeugte Strom wird in das öffentliche Netz eingespeist. Seit 1991 regelt das Stromeinspeisegesetz die Vergütung für Strom, der aus erneuerbaren Energien erzeugt wird, wobei eine Abnahmeverpflichtung der Stromversorgungsunternehmen (EVU) besteht. Für den aus Windkraft erzeugten Strom müssen 90% des durchschnittlich von Endverbrauchern zu zahlenden kWh-Strompreises vergütet werden. Die gesetzlich festgelegte Strompreisvergütung für Windkraftanlagen bedeutet für den Anleger Risiko und Chance zugleich. Das Risiko liegt darin, daß die Stromversorgungsunternehmen mit ihrer starken Lobby versuchen, das Stromeinspeisungsgesetz wieder zu Fall zu bringen, was auf eine

geringere Vergütung hinauslaufen könnte. Andererseits können Politiker, wollen sie nicht ihre Glaubwürdigkeit hinsichtlich ihres Bekenntnisses zu verstärktem Umweltschutz verlieren, einer solchen Gesetzesänderung nicht zustimmen.

### **Bürgerwindpark Schnaitsee-Garting GbRmbH**

Die erste Windkraftanlage des Bürgerwindparks Schnaitsee-Garting GbRmbH, eine TW-600, ist seit Dezember 1995 und die zweite, ebenfalls eine TW-600, seit Juni 1996 nach vierjähriger Vorbereitung am Netz und produzieren sauberen Windstrom. Der Standort liegt 600 m über NN bei Garting direkt neben dem 160 Meter hohen Fernsehturm, in der Gemeinde Schnaitsee, im Landkreis Traunstein. Es ist der erste Bürgerwindpark Bayerns mit einer installierten Leistung von 1.200 kW. Diese Windkraftanlagen wurden von 142 privaten Anteilseignern finanziert, die mit Recht als Windpioniere zu bezeichnen sind, da es sich um das erste Vorhaben dieser Art in Bayern handelte.

Die Motivation der Betreiber liegt auf der Hand: Durch den Betrieb

eines auch energiewirtschaftlich bedeutsamen Windparks, wollen sie beispielhaft aufzeigen, daß die Energiewende längst keine Utopie mehr ist, sondern bei entsprechendem Willen umgesetzt werden kann.

### **Energie-Erzeugung mit Zukunft**

Die zweite Bürgerwindfarm im Landkreis Traunstein steht vor ihrer Verwirklichung. Damit kann jeder Bürger einen Teil dazu beitragen, die Abhängigkeit der Energieversorgung von der Atomkraft zu reduzieren.

Als konkrete Maßnahme soll Ende 1997, Anfang 1998 drei Windkraftanlagen mit einer installierten Leistung von 1.800 kW errichtet werden. Jeder Bürger kann sich an den Windkraftanlagen beteiligen.

### **Wieviel Strom erzeugt die Bürgerwindfarm Schnaitsee-Edenhub?**

Eine moderne Windkraftanlage erzeugt während ihrer gesamten Lebensdauer, je nach Anlagengröße und Standort, zwischen 5 und 50 Millionen kWh. Die Energie, die zur Produktion einer solchen Anlage

benötigt wurde, ist nach 2 bis 5 Monaten von ihr selbst erzeugt worden. Danach ist jede Kilowattstunde "energetischer Reingewinn"!

Für die geplante Bürgerwindfarm Schnaitsee-Edenhub mit drei Windkraftanlagen vom Typ TW-600e, einer installierten Leistung von 1.800 kW, wurde für die Lebensdauer von 20 bis 25 Jahren ca. 60 Millionen kWh errechnet.

Weitere Auskünfte zu diesem Projekt erhalten Sie bei:

H. und J. Oberhauser  
Mussenmühle 2  
83342 Tacherting  
Tel.: 08621/62020  
Fax: 08621/63009

## **Was ist eigentlich los im Bonner Wirtschaftsministerium?**

**Schon seit einiger Zeit kündigt Wirtschaftsminister Rexrodt an, das Stromeinspeisungsgesetz ändern zu wollen. Die Vergütungshöhe soll grundsätzlich reduziert und die Stromaufnahme ins öffentliche Netz begrenzt werden. Obwohl**

**Genauer noch immer nicht bekannt ist und in Bonn heftig gerungen wird, hat allein der Ankündigungseffekt zu einer Verunsicherung möglicher Betreiber beigetragen; das ist offensichtlich von Rexrodt so gewollt.**

Neben vielen anderen hat sich auch der WIND e.V. aus Aachen in die politische Diskussion eingeschaltet. Vor Ort haben wir die Aachener Bundestagsabgeordneten Armin Laschet und Ulla Schmidt informiert und unsere Argumente auch dem Bundesverband Windenergie weitergegeben. Da oft genug die ökologischen Vorteile der Windkraftnutzung beschrieben worden sind, haben wir diesmal den Schwerpunkt auf die ökonomischen Betrachtungen gelegt.

Das Stromeinspeisungsgesetz (St-

rEGes) aus dem Jahre 1990 hat entscheidend zur Renaissance der Windenergienutzung in Deutschland beigetragen. Hier die wichtigsten Aspekte, warum das erfolgreichste Gesetz der vergangenen Jahre erhalten bleiben muß.

### **1. Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch**

Trotz des Booms bei der Windkraftnutzung ist in Deutschland der Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch leider immer noch sehr bescheiden, wie die

folgende kurze Übersicht verdeutlichen mag:

Österreich	24,9 %
Dänemark	6,7 %
EU-Durchschnitt	3,5 %
Deutschland	1,8 %

Deutschland hat hier einen erheblichen Nachholbedarf, der nur durch weitere Anreize erfüllt werden kann. Eine notwendige Bedingung zum weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien ist die Erhaltung des StrEGes. Nur so können die selbstgesteckten Klimaschutzziele der Bun-

desregulierung umgesetzt werden. Mit dem Primärenergieträger Wind läßt sich besonders schnell und kostengünstig ein hoher Anteil an umweltfreundlichem Strom erreichen.

## 2. Windkraft als technologische Herausforderung

Dank des StrEGes ist die deutsche Windkraftindustrie in die Lage versetzt worden, den Technologievorsprung Dänemarks aufzuholen und teilweise zu übertreffen. Hier gibt es inzwischen einen harten - aber gesunden - Wettbewerb um die Führungsposition.

Zu beachten ist dabei, daß die technischen Anforderungen an Windanlagen extrem sind (Beispiel: unterschiedliche Anlagenkonzepte für Küste und Binnenland; immer größere Anlagen mit einer Vervielfachung der mechanischen Belastungen).

Dies stellt eine erhebliche Herausforderung für das Hochtechnologie-land Deutschland dar. Bei der Windkraftnutzung kommen Komponenten zum Einsatz, die (fast) nur hiesige Ingenieurkapazitäten auf dem Gebiet des Maschinenbaus und der Elektrotechnik - Domänen, wo Deutschland traditionell sehr stark ist - herzustellen in der Lage sind. Auf diese Weise kann die technologische Führungsposition Deutschlands auf diesen Gebieten stabilisiert und ausgebaut werden.

## 3. Windkraftanlagen als Export-schlager

Es ist bekannt, daß sich im Ausland nur dann Produkte erfolgreich vermarkten lassen, wenn sie auch hier in großer Zahl eingesetzt werden und sich schon bewährt haben.

Der Export von Windanlagen in Länder wie Indien, China und in Schwellenländer ist nicht zuletzt deshalb von besonderer Dringlichkeit, weil dadurch verhindert werden kann, daß dort Kraftwerkskapazitäten konventioneller Art (Kohle, Atom) aufgebaut werden, die das Weltklima nachhaltig gefährden, bzw. im Falle der Nukleartechnologie einen globalen Unsicherheitsfaktor darstellen (vgl. Tschernobyl).

Um im Ausland präsent sein und die dort nötigen Investitionen tätigen zu können, müssen die deutschen

Windanlagenhersteller sich hier eine gesunde und verlässliche wirtschaftliche Basis aufgebaut haben. Das StrEGes ist ein geeignetes Instrument dazu.

Zu beachten ist, daß die technische Entwicklung zu leistungsfähigeren Anlagen noch in vollem Gange ist; dies ist mit großen Risiken verbunden und erfordert erhebliche investive Mittel.

Schon jetzt zeichnet sich ab, daß am Ende dieser Entwicklung der deutschen Windkraftindustrie riesige Exportmärkte offenstehen; neben Indien und China sind das die USA, Kanada und in Europa vor allem Spanien, Großbritannien, die Niederlande, Italien und Schweden. Auch im Handelsaustausch mit Rußland erscheint die Vision "Windkraftanlagen gegen Rohstoffe" nicht abwegig.

## 4. StrEGes sorgt für preiswerten Windstrom und Wettbewerb

Das StrEGes hat neben dem starken Ausbau der Windkraftnutzung in Deutschland (im Verlauf von sechs Jahren wurde die installierte Anlagenleistung verfünzfach) entscheidend dazu beigetragen, daß eine deutliche Kostenreduktion für die erzeugte Kilowattstunde erreicht werden konnte. In Küstenregionen sind staatliche Förderprogramme überflüssig geworden, im Binnenland konnten sie ständig weiter reduziert werden.

Mit Hilfe des StrEGes haben private Investoren den Einstieg in die Serienfertigung von Windanlagen ermöglicht; gleichzeitig sind ebendiese Privatstromerzeuger damit zu Konkurrenten der EVU geworden; denn niemals zuvor konnte Windstrom so preisgünstig erzeugt werden wie jetzt. Eine weitere Kostendegression ist dann zu erwarten, wenn das StrEGes erhalten bleibt; es sorgt für den Wettbewerb unter den Anlagenherstellern.

Nach einem Gutachten des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung ist Windstrom schon heute kaum noch teurer als Strom aus neugebauten konventionellen Kraftwerken.

Daher werden die Stromkosten des Endverbrauchers - entgegen mancher

Behauptung von EVU-Vertretern - auch durch Windenergie nicht wesentlich beeinflusst. Gewinnrekorde der EVU trotz stabiler Strompreise und trotz - oder gerade wegen - eines zunehmenden Windstromanteils belegen dies.

Da aber die windgünstigen Standorte bereits mit Anlagen belegt sind, kann der künftige Ausbau im wesentlichen nur im Binnenland erfolgen. Hier reicht die gesetzliche Mindestvergütung in Höhe von 17 Pf/kWh jedoch heute noch längst nicht aus, um einen kostendeckenden Betrieb zu ermöglichen.

Desgleichen ist zu beachten, daß die (heute besonders wirtschaftlichen) Anlagen der jüngsten Generation erst seit kurzer Zeit im Einsatz sind, und eine abschließende Kostenbilanzierung jetzt noch gar nicht vorgenommen werden kann, da noch keine Prognose über den zu erwartenden Reparaturaufwand gewagt werden kann.

## 5. Arbeitsplätze und Kaufkraft in strukturschwachen Regionen

Amerikanische Untersuchungen belegen, daß beim Einsatz dezentraler regenerativer Energieerzeugungssysteme ca. drei- bis fünfmal mehr Arbeitsplätze geschaffen werden als bei konventioneller Energieerzeugung (bezogen auf die gleiche Energiemenge).

In Deutschland entstanden durch die Windenergie - direkt und indirekt - ca. 10.000 Arbeitsplätze. Die Produktionsstätten für Windanlagen wurden vor allem in strukturschwachen Regionen (Schleswig-Holstein, Niedersachsen) angesiedelt. Zusätzlich mit diesen unmittelbar mit der Windenergienutzung verknüpften Arbeitsplätzen entstehen in diesen Regionen Kaufkraftzuwächse, die ihrerseits wieder neue Stellen schaffen.

Eine Veränderung der Rahmenbedingungen (StrEGes) gefährdet diese Arbeitsplätze unmittelbar.

## 6. Überwältigende Akzeptanz in der Bevölkerung

Energiepolitik kann man auf Dauer nicht gegen die Bevölkerung machen. Braunkohleabbau und Atompolitik stoßen zunehmend auf die geschlossene Ablehnung der betrof-

fenen Bevölkerung. Riesige Fehlinvestitionen sind die Folge (Wackersdorf, Kalkar, ...).

Anders die Windkraft: kaum eine technische Neuentwicklung der letzten Jahrzehnte kann sich größerer Beliebtheit erfreuen. Laut neuester Emnid-Umfrage vom Frühjahr 1997 wollen 88 Prozent der deutschen Bevölkerung, daß mehr Strom aus dem Wind gewonnen wird. Selbst in Gegenden, wo die verfügbaren Kapazitäten bereits voll erschlossen sind, ist der Wunsch nach dem weiteren Ausbau ungebrochen groß.

#### Fazit:

Das Potential der erneuerbaren En-

ergien reicht auch in Deutschland aus, um nach und nach die Schadstoffenergieträger zu ersetzen. Es kann jedoch nur erschlossen werden, wenn die Betreiber von Regenerativanlagen eine kostendeckende Vergütung für den von ihnen erzeugten Strom erhalten.

Was liegt also näher, als einen "Energiekonsens" dort zu vereinbaren, wo er sich nachgerade aufdrängt?

Norbert Hürkamp  
WIND e.V., Aachen und  
ENERGIE 2030

## Lokale Agenda 21

Harald Tüchler

Bereits in der vorletzten Ausgabe der sonnenpost haben wir uns mit der "Lokalen Agenda" befaßt. Inzwischen ist dieses Thema wieder etwas stärker in das Blickfeld der Öffentlichkeit

gerückt. So wird zum Beispiel in der Gemeinde Feldkirchen-Westerham und in der Stadt Wasserburg versucht, eine Lokale Agenda auf den Weg zu bringen. Auch die Stadt Rosenheim will im Herbst damit beginnen.

Dieser Beitrag beschäftigt sich nochmals mit der "Lokalen Agenda". Zuvor aber werden einige Begriffe erklärt, die in diesem Zusammenhang immer wieder fallen.

### Konferenz von Rio

1992 fand in Rio de Janeiro die "Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung" (UNCED, "Erdgipfel") statt. Die Abgesandten der über 170 Teilnehmerstaaten waren sich einig, daß die aktuellen, weltweiten Umweltprobleme nur durch gemeinsames, zielgerichtetes Handeln gelöst werden können. Auf der Konferenz wurden die Grundlagen für eine qualitativ neue Zusammenarbeit in der Umwelt- und Entwicklungspolitik geschaffen, mit dem Ziel, die Lebensgrundlagen des Menschen dauerhaft zu sichern. Die Schlußakte der Konferenz umfaßt fünf Dokumente:

**Rio-Deklaration** (27 Artikel, erkennt u.a. die besondere Verantwortung der Industrieländer als wesentliche Verursacher für bisher entstandene globale Umweltschäden an, enthält das Vorsorge- und das Verursacherprinzip sowie das Prinzip "

sustainable development")

**Waldklärung** (Grundsätze für Waldbewirtschaftung und zur Walderhaltung wurden festgelegt)

**Klimakonvention** (Ziel: Senkung der Treibhausgase, insbesondere CO<sub>2</sub>-Emissionen, bis zum Jahr 2000 auf das Niveau von 1990. Dies reicht nach Ansicht von Umweltschützern und Wissenschaftlern aber nicht aus, um Klimaveränderungen zu verhindern. Die Konvention trat 1994 in Kraft, Voraussetzung hierfür war die Ratifizierung durch mindestens 50 Länder)

**Konvention über biologische Vielfalt** (weltweiter Schutz von Tier- und Pflanzenarten sowie Sicherung ihrer Lebensräume)

#### Agenda 21

Die Grundlage für die Konferenz in Rio wurde übrigens bereits 1972 gelegt. Damals fand in Stockholm die erste weltweite Umweltkonferenz statt.

### Agenda 21

Die AGENDA 21 ist das Kernstück der Verhandlungen von Rio. Es handelt sich hierbei um ein dynami-

sches Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert. In 40 Kapiteln werden den Regierungen konkrete Handlungsanweisungen für die Bereiche Umwelt und Entwicklung gegeben. Dabei geht es nicht nur - wie häufig fälschlicherweise angenommen - um Fragen des Umweltschutzes. Es handelt sich vielmehr um eine ganzheitliche Betrachtung aller ökologischen, ökonomischen und sozialen Faktoren, die die aktuelle umwelt- und entwicklungspolitische Situation beeinflussen. Das Kapitel 3 beispielsweise befaßt sich mit der Armutsbekämpfung und das Kapitel 32 mit der Stärkung der Rolle der Bauern.

### Nachhaltige Entwicklung

In den Dokumenten der Konferenz von Rio taucht immer wieder der Begriff "sustainable development" auf, der im Deutschen mit "nachhaltige Entwicklung" übersetzt wird. Besonders die "AGENDA 21 setzt zur Lösung gegenwärtiger und zukünftiger Umweltprobleme auf das Prinzip der Nachhaltigkeit. Insofern ist der Begriff "sustainable develop-

ment" als übergeordnetes Leitbild zu betrachten. Als Synonyme für "nachhaltige Entwicklung" findet man in der Literatur auch die Übersetzungen

- umweltgerecht-dauerhafte Entwicklung
- umweltgerechte Entwicklung
- ökologisch-dauerhafte Entwicklung
- nachhaltig zukunftsverträgliche Entwicklung

Inzwischen scheint sich "zukunftsfähige Entwicklung" durchzusetzen.

Das Prinzip der Nachhaltigkeit ist nicht neu. Die deutsche Forstwirtschaft beispielsweise setzt bereits seit über 200 Jahren auf eine nachhaltige Waldbewirtschaftung. Der Grundgedanke dabei ist, eine kontinuierliche Holzversorgung zu gewährleisten und gleichzeitig die Tragfähigkeit des Ökosystems "Wald" nicht zu überfordern. Es darf nur soviel Holz eingeschlagen werden, wie nachwächst.

Durch die Konferenz von Rio hat das Prinzip der Nachhaltigkeit eine andere Dimension erhalten. Nachhaltigkeit bedeutet hier, die Bedürfnisse der gegenwärtigen Generation zu befriedigen, ohne die natürlichen Ressourcen zu zerstören, die kommende Generationen zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse benötigen.

## Faktor Vier

"Faktor Vier" ist die Formel für eine neue Richtung des technischen Fortschritts, die doppelten Wohlstand bei gleichzeitiger Halbierung des Naturverbrauchs verspricht. Beschrieben wird diese "Effizienzrevolution" in dem Buch "Faktor Vier".

Die effizientere Nutzung der natürlichen Ressourcen ist ein wichtiges Instrument auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung. Effizienz muß sich aber lohnen. Die Autoren fordern deshalb einen fairen Wettbewerb für Effizienz. Vergeudung darf nicht mehr subventioniert werden. Notwendig ist außerdem die ökologische Steuerreform. Mit der Effizienzrevolution wird Umweltschutz zu einem Nutzenfaktor. (siehe auch Buchbesprechung **sonnenpost** 1/96)

## Studie "Zukunftsfähiges Deutschland"

Die Studie wurde von BUND und MISERIOR beim Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie in Auftrag gegeben. Sie geht der Frage nach, wie das Leben in einem "Zukunftsfähigen Deutschland" als Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung aussehen könnte. Dazu werden verschiedene Leitbilder entwickelt und konkrete Vorschläge gemacht, wie die Wende zur Zukunftsfähigkeit vollzogen werden kann. Das Szenario "Zukunftsfähiges Deutschland" fordert u. a. den progressiven Ausbau der Photovoltaik und die verstärkte Nutzung der übrigen erneuerbaren Energien, außerdem die Ökologisierung der Landwirtschaft und eine Schließung der Produktionsabläufe. Bei Nutzung aller Handlungsoptionen sollen die Kohlendioxid-Emissionen bis 2010 um 46,5% gegenüber 1990 zurückgehen und bis 2020 um 63%.

**Nachhaltigkeit bedeutet das Einbeziehen der Zukunft in unser Handeln.**

## Lokale Agenda - Was ist das ?

Der Auftrag an die Kommunen für eine Lokale Agenda findet sich im Kapitel 28 der AGENDA 21. Dort heißt es u. a.:

*"Da viele der in der Agenda 21 angesprochenen Probleme und Lösungen auf Aktivitäten auf der örtlichen Ebene zurückzuführen sind, ist die Beteiligung und Mitwirkung der Kommunen ein entscheidender Faktor bei der Verwirklichung der in der Agenda enthaltenen Ziele. (...) Als Politik- und Verwaltungsebene, die den Bürgern am nächsten ist, spielen sie eine entscheidende Rolle bei der Informierung und Mobilisierung der Öffentlichkeit und ihrer Sensibilisierung für eine nachhaltige umweltverträgliche Entwicklung."*

Eine Lokale Agenda ist also ein dynamisches Aktionsprogramm, das das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung auf die Ebene der Kommunen übertragen. Ebenso wie die AGENDA 21 befaßt sich eine Lokale Agenda nicht nur mit Umwelt-

## Zukunftsfähigkeit

Die Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" des BUND und MISERIOR übersetzt den Begriff "sustainable Development" mit "zukunftsfähige Entwicklung".

Für die Autoren der Studie erfordert "Zukunftsfähigkeit" zunächst bestimmte Werturteile:

- Künftige Generationen sollen gleiche Lebenschancen haben. Jede Generation hat die Erde treuhänderisch zu nutzen und nachfolgenden Generationen eine möglichst intakte Natur zu hinterlassen.
- Jeder Mensch hat das gleiche Recht auf eine intakte Umwelt und damit umgekehrt auch das gleiche Recht, globale Ressourcen in Anspruch zu nehmen, solange die Natur dadurch nicht übernutzt wird.

problemen. Auch hier ist eine ganzheitliche Betrachtung ökologischer, ökonomischer und sozialer Belange, die gleichberechtigt nebeneinander stehen, notwendig.

## Wer stößt eine Lokale Agenda an?

Artikel 28 der AGENDA 21 verlangt von den Kommunen, daß sie in einen Dialog mit ihren Bürgern, örtlichen Organisationen und der Privatwirtschaft eintreten. Dies bedeutet aber nicht, daß die Initiative für eine Lokale Agenda von der Gemeinde ausgehen muß. In Unterhaching zum Beispiel kam die Initiative von einer kirchlichen Organisation, in München von der Volkshochschule. Die Erstellung einer Lokalen Agenda muß durch einen Beschluß des Stadt- bzw. Gemeinderates politisch abgesichert werden.

## Lokale Agenda - wie geht das?

Für die Erstellung des Aktionsprogrammes (Lokale Agenda) gibt es kein Patentrezept. Jede Gemeinde hat andere Voraussetzungen, Strukturen und handelnde Personen, die sowohl den Prozeß zu einer Lokalen

Agenda, als auch ihre Inhalte beeinflussen können.

## Wer steuert den Agenda-Prozeß?

Auch hier gibt es kein allgemeines Rezept. Im München zum Beispiel wurde ein eigenes Agenda 21-Büro eingerichtet, das sich um die Koordination der Arbeitskreise und um die Kanalisierung der Ergebnisse kümmert. In einigen Gemeinden wurde dafür ein Agenda-Beirat gegründet, in anderen konnte auf bestehende Strukturen (z. B. Umweltforum) zurückgegriffen werden. Diese Gremien sollten auch der Motor sein, der den Agenda-Prozeß am Laufen hält.

## Der Weg ist das Ziel

Bevor die Inhalte einer Lokalen Agenda erarbeitet werden können, sollte der Prozeßablauf festgelegt werden. Da eine Lokale Agenda von möglichst vielen Bürgern, Organisationen, der Verwaltung, der Politik und der Wirtschaft getragen werden soll, erscheint es sinnvoll, auch den formalen Prozeß auf eine breite Basis zu stellen.

## Inhalte

Die gängigste Form, Inhalte für eine Lokale Agenda zu erarbeiten, ist die Bildung von themenbezogenen Arbeitskreisen (Workshops, Runde Tische). Diese Arbeitskreise sollen nicht nur mit Vertretern von Fachorganisationen oder Behörden besetzt sein, sondern ausdrücklich auch mit Laien.

Die Ergebnisse aus den Arbeitskreisen können dann vom Agenda-Beirat zu einem Aktionsprogramm (Lokale Agenda) formuliert werden, das dann dem Stadt- bzw. Gemeinderat zur Entscheidung vorgelegt wird.

Dabei ist es wichtig, über den Tellerrand hinauszuschauen.

## Bürgerbeteiligung

Entscheidende Bedeutung für eine Lokale Agenda hat die Beteiligung der Bürger. Artikel 28 der AGENDA 21 spricht von einem Konsultationsprozeß, bei dem die Kommunen im

Dialog von ihren Bürgern und von örtlichen Organisationen lernen und Informationen für geeignete Strategien zu einer nachhaltigen Entwicklung erhalten. Gleichzeitig wird das Bewußtsein der einzelnen Haushalte für Fragen der nachhaltigen Entwicklung geschärft.

Was die AGENDA 21 hier einfordert, geht weit über das hinaus, was bisher unter Bürgerbeteiligung (z. B. bei Bebauungsplänen) verstanden wurde.

## Vieles ist schon vorhanden

Kommunen, die eine Lokale Agenda auf den Weg bringen, fangen nicht bei Null an. In jeder Gemeinde gibt es bereits Pläne (Flächennutzungsplan, Landschaftsplan), Konzepte (Energiekonzept, Wirtschaftskonzept) oder Leitlinien. Gemeinsam mit einer umfassenden Bestandsaufnahme in allen relevanten Bereichen bilden sie die Basis für den Agenda-

### Die 19 Handlungsfelder (Materialiensammlung des Deutschen Städtetages):

1. Organisation der städtischen Umweltverwaltung
2. Umwelt und Wirtschaft
3. Energie und Klimaschutz
4. Natur und Landschaft
5. Flächeninanspruchnahme
6. Bauen und Wohnen
7. Verkehr
8. Abfallwirtschaft
9. Bodenschutz und Altlasten
10. Wasser und Abwasser
11. Luftreinhaltung
12. Lärm
13. Kommunale Umweltverträglichkeitsprüfung
14. Kommunale Umweltinformationssysteme
15. Beschaffungswesen
16. Finanzierung
17. Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit
18. Umwelterziehung und -bildung
19. Umwelt und Entwicklung

### Die 10 Handlungskonzepte (Leitfaden des BayStMLU)

1. Organisation des gemeindlichen Umweltschutzes
2. Partner im Umweltschutz
3. Siedlungsökologie
4. Landschaftsplanung und Landschaftspflege
5. Energie und Klimaschutz
6. Verkehr
7. Wasser
8. Kommunale Beschaffung
9. Abfall
10. Fremdenverkehr

Prozeß, in dem sie nach den Grundsätzen der Nachhaltigkeit optimiert werden.

## Welche Hilfen gibt es?

Um ihren Mitgliedsstädten und -gemeinden eine Orientierungshilfe für die Erstellung einer Lokalen Agenda zu geben, hat die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände unter Federführung des Deutschen Städtetages (DST) eine Materialsammlung für eine Lokale Agenda mit dem Titel "Städte für eine umweltgerechte Entwicklung" erarbeitet. Darin wurden 19 Handlungsfelder (siehe Kasten) formuliert, die jeweils in eine Bestandsaufnahme und in konkrete Handlungsmöglichkeiten gegliedert sind.

Das Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen hat das zweibändige Handbuch "Die umweltbewußte Gemeinde - Leitfaden für eine nachhaltige Kommunalentwicklung" herausgegeben. Der Leitfaden, der seit Mai 1996 jeder bayerischen Gemeinde vorliegt, ist keine Anleitung für eine Lokale Agenda. Trotzdem ist er ein wichtiges Hilfsmittel. Band I enthält zehn Handlungskonzepte (siehe Kasten Seite 7 oben), Band II enthält Maßnahmebeschreibungen zu diesen Handlungskonzepten. Dabei werden immer wieder bereits realisierte Projekte vorgestellt.

Inzwischen bieten verschiedene Beratungsfirmen ihre Unterstützung bei der Erstellung einer Lokalen Agenda an.

### Literatur:

Studie "Zukunftsfähiges Deutschland", Kurzfassung, BUND/MISE-REOR, 1996

Faktor Vier, v. Weizsäcker/ Lovins/Lovins, 1995, Verlag Droemer Knaur, ISBN 3-426-26877-9

Harenberg Lexikon der Gegenwart, 1995

AGENDA 21 - Möglichkeiten der Umsetzung in den Gemeinden, Karg/Schmid, 1995

AGENDA 21 - Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung in Bayern, Bay. Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen, Information 1/97

Ein regionales Konzept nachhaltiger Entwicklung, Renn/Kastenholz GALA 5/96

Eine "Lokale Agenda 21" für Deutschland, Dr. Klaus Fiedler (Deutscher Städtetag), Deutscher Heimatbund-Info 1/1996

---

## Der Durchbruch zum Solarzeital-

Hermann Scheer MdB

### ter

Obwohl bei den meisten Entscheidungsträgern der Weg vom Ohr zum Verstand noch verstopft ist: Die atomar/fossile Energiewirtschaft stößt die Menschheit an zwei existentielle Grenzen. Zum einen sind die Brennstoffvorkommen erschöpflich: Erst jüngst hat die Prognosestudie für das Bundeswirtschaftsministerium die globale "dynamische Verfügbarkeitsgrenze" bei Öl, Erdgas und Uran auf weniger als 50 Jahre und bei Kohle auf 120 Jahre veranschlagt. Zum anderen können wir es uns nicht leisten, alle noch verfügbaren Ressourcen zu verbrennen, weil die Ökosphäre dies nicht mehr aushält.

Im Laufe der nächsten 50 Jahre muß also die größte zivilisatorische Herausforderung seit Menschengedenken realisiert werden: Die Gestaltung einer Energieversorgung, die sich vollständig auf die unerschöpflichen und umweltfreundlichen solaren Energiequellen stützt: Sonnenstrahlung und Sonnenwärme, Wind, Fließwasser, Biomasse (Pflanzen als natürliche Solarzellen), die energetische Verwertung organischer Abfälle, Wellenenergie. In all diesen Formen liefert die Sonne der Erde in nur 35 Minuten so viel Energie, wie die Menschheit in einem Jahr an atomaren und fossilen Energien verbrennt. Wir müssen nur ein Bruchteil (ein 15.000stel) dieses Potentials mit

Hilfe moderner Technik anzapfen, um Energie für alle Zeiten nutzbar zu haben und die ökologische Selbsterstörung abzuwenden. Zum Vergleich: Die Solarzellen - also nur eine Solartechnologie und gegenwärtig noch die teuerste - wandeln heute bereits marktüblich 15 % des auf ihre Fläche eingestrahnten Sonnenlichts in Strom um. 3.000 Quadratkilometer Solarzellenflächen wurden schon in Deutschland ausreichen, um unseren gesamten Strombedarf damit zu decken. Da wir in Deutschland die Solarzellen in die Gebäude integrieren können, gibt es also nicht das geringste Flächenproblem.

Es ist blinder energiewirtschaftlicher Strukturkonservatismus und antisolare Technikfeindlichkeit, wenn immer noch der Bevölkerung eingeredet wird, die solaren Energien reichen nicht aus, um atomare und fossile Energien ersetzen zu können. Die ökologische Energiewende ist möglich, wenn wir unsere technologischen und wirtschaftlichen Bemühungen auf die breite Markteinführung solarer Technologien konzentrieren und Industrie und Handwerk dafür mobilisieren - mit dem großartigen Nebeneffekt, daß damit zahlreiche neue moderne Arbeitsplätze zur Produktion und Installation solcher Techniken neu entstehen, deren Einsatz die Natur sarniert.

Ich behaupte: Würden nur ein ein-

ziges Mal für die solartechnische Industrierevolution so viel Mittel bereitgestellt wie für den schnellen Brüter in Kalkar, den Hochtemperaturreaktor in Hamm und die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf (die allesamt nie in Betrieb gingen und 15 Milliarden kosteten), und wir hätten in relativ kurzer Zeit eine selbsttragende Entwicklung mit expandierenden Produktionsstätten und massiv anwachsenden internationalem Markt. Man kann auch sagen: Würden wir dafür die Mittel investieren, die jährlich für Kohlesubventionen ausgegeben werden, hätten wir deutlich mehr neue Arbeitsplätze als im Kohlebergbau gehalten werden und müßten uns über die Zukunft des Industriestandorts und der Bergarbeiter viel weniger Sorgen machen. Die Verweigerungshaltung der Energiewirtschaft gegenüber den Erneuerbaren Energien muß endlich politisch durchbrochen werden, sonst versagen wir jämmerlich vor der Geschichte und provozieren einen nicht mehr heilbaren Generationenbruch wegen sträflich unterlassener Zukunftschancen.

*Dr. Hermann Scheer MdB  
Präsident der Europäischen  
Sonnenenergievereinigung  
EUROSOLAR*



Ein Ja zur Sonnenenergie:

## **Die solare Energiewende ist lebensnotwendig**

Informationsveranstaltung des Forums Ökologie mit Dr. Hermann Scheer fand in Traunstein statt

Höhepunkt der diesjährigen »Aktion Sonnenwende 97« des Forums Ökologie war die Informationsveranstaltung mit Dr. Hermann Scheer, dem Präsidenten der Sonnenenergievereinigung Euro-solar, im Sitzungssaal des Landratsamtes. Das Thema »Erneuerung von Städten und Regionen durch Erneuerbare Energien« hatte viele Besucher, darunter auch Bürgermeister, Kreis- und

Gemeinderäte aus dem ganzen Landkreis ange-lockt. Traunsteins Oberbürgermeister Fritz Stahl betonte, Umweltausschuß und Werkausschuß des Stadtrats sei es ernst damit, den Weg des Forums Ökologie mitzugehen und die Solarenergie stärker zu nutzen. Wenn es auch Umsetzungsprobleme gebe, wolle die Stadt doch versuchen, Zeichen zu setzen.

Die Vorsitzende des Forums Ökologie, Maria Eschenbeck, erinnerte an den Störfall im Atomkraftwerk in Harrisburg am Tag zuvor, der wieder gezeigt habe, daß man noch intensiver am Thema Solarenergie arbeiten müsse. Sie stellte den Referenten, Dr. Hermann Scheer vor, der seit 1980 Bundestagsabgeordneter ist und zusammen mit Dr. Peter Ramsauer zu den bedeutendsten Verfechtern der Erneuerbaren Energien im Bundestag gehört. Seit 1988 ist Dr. Scheer auch Vorsitzender des SPD-Umweltforums in Bonn.

### **»Zivilisatorische Herausforderung«**

»Wer heute noch in ein Kernkraftwerk investiert, ist ein Traumtänzer«, machte Dr. Scheer seinen Standpunkt klar. Wenn auch bei den meisten Entscheidungsträgern »der Weg vom Ohr zum Verstand« noch verstopft sei, stoße die Menschheit doch unweigerlich an zwei Grenzen: zum einen reichen die fossilen und atomaren Energien nur noch knapp 50 Jahre, zum anderen halte es die Ökosphäre nicht aus, wenn alle noch verfügbaren Ressourcen aufgebraucht würden. Durch den rapide anwachsenden Energiebedarf, besonders in Asien, werde es wahrscheinlich noch weit schneller zu einer Ablösung der herkömmlichen Energien kommen müssen. Die nächsten drei bis vier Jahrzehnte bezeichnete Scheer daher als »größte zivilisatorische Herausforderung seit Menschengedenken«. In der Zeit müsse es zum politischen Programm werden, die Energieversorgung vollständig auf die unerschöpflichen und umweltfreundli-

chen Energiequellen, Sonne, Wasser, Wind, Biomasse, umzustellen. »Je schneller, desto besser und billiger«.

Keinen Zweifel ließ der Referent daran, daß die Umstellung heute schon technisch realisierbar ist: In jeder energetischen Verwendung liefere die Sonne der Erde in nur acht Minuten so viel Energie, wie die gesamte Menschheit in einem Jahr an atomaren und fossilen Energien verbrennt. Nur einen Bruchteil davon müsse man anzapfen. In Deutschland würden zum Beispiel 3000 Quadratkilometer Solarzellenflächen genügen, um den gesamten Strombedarf damit zu decken. Noch immer werde der Bevölkerung »aus einschlägigen Kreisen« eingeredet, die Umstellung sei nicht möglich. Die großen Konzerne hätten schlicht Angst, ihre Vormachtstellung einzubüßen. »Die ökologische Energiewende ist möglich, wenn wir unsere Bemühungen auf die breite Markteinführung solarer Techniken konzentrieren und dabei Industrie und Handwerk mobilisieren«, sagte Scheer. Dabei würden rund viermal so viele regional gebundene Arbeitsplätze wie bisher geschaffen.

Der Referent nannte auch konkrete, sogar kostenlose Maßnahmen auf regionaler Ebene, wie der Durchbruch für erneuerbare Energien forciert werden könnte. Er schlug zum Beispiel vor, die Bausatzungen so zu ändern, daß die Hauptneigungsfläche der Dächer nach Süden ausgerichtet sein muß, um sie später mit Kollektoren auszurüsten zu können. Die Kreissparkassen sollten motiviert werden, Solarkredite anzubieten, das heißt, daß die eingesparten Energiekosten, zum Beispiel durch eine Solaranlage, in die Abschreibung

einbezogen werden kann. Auf kommunaler Ebene empfahl er, das Stromnetz »trotz der Lockangebote der großen Energieversorgungsunternehmen« in jedem Fall zu behalten oder es möglichst zurückzukaufen, wenn der Konzessionsvertrag abgelaufen ist. Die Eigenversorgung der Gemeinden sollte in Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft auf jeden Fall vorangetrieben werden.

In der regen Diskussion wollte ein Zuhörer wissen, weshalb Dr. Scheer zwar einen ganzen Saal von der Notwendigkeit der erneuerbaren Energien überzeugen könne, nicht aber seine gesamte Fraktion im Bundestag. Der Bundestagsabgeordnete meinte dazu, daß in Deutschland der Fraktionszwang noch immer sehr groß sei. Dazu komme das »starke personelle Gewebe« zwischen Politik und Energiewirtschaft. Die herkömmliche Energieversorgung sei zudem eine so tief verwurzelte Gewohnheit, daß »viele hundert kleine Schritte« notwendig seien, um sie aufzubrechen. Er widersprach dem Einwand, daß Strom aus Solarenergie auf jeden Fall teurer sei als Strom aus den bisherigen Quellen. Dies hänge auch heute schon ausschließlich von den äußeren Bedingungen ab. Zum Beispiel sei Solarenergie immer da billiger, wo es kein Stromnetz gibt, also für weite Teile der Welt, ebenso an Ampelanlagen, Berghütten etc. Inzwischen gebe es sogar zwei Anbieter von Solarfertighäusern, deren Produkte nicht teurer als andere Fertighäuser seien. Auf das Argument, Windräder oder Solaranlagen verschandeln die Landschaft, entgegnete Scheer, daß jede Energieform die Landschaft präge. Die Großkraftwerke und

# sonnen-

rosenheimer solarförderverein e.v., hugo-wolf-str. 1, 83024 rosenheim

Hochspannungsleitungen hätten ganze Landstriche gezeichnet. Windräder etc. seien selbstverständlich auch zu sehen, aber mit dem entscheidenden Unterschied, daß durch sie die Landschaft nicht verseucht wird.

*Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des Traunsteiner Wochenblattes*

## Termine

**26/27.7.97**

Treffen der Solarmobil-Fahrer vorm Wirtshaus 'Fischer am See' am Chiemsee in Prien, Orts- teil Harras ab ca. 11 Uhr. Attraktionen: Solarboot & Power-EL mit Lynch-Antrieb von Stefan Sachs, Baden & Faulenzen.

**28.7.97**

Rohrdorfer-Rosenheimer Solartag mit Vortrag von Dr. Franz Alt zum Thema "Die Sonne schickt uns keine Rechnung - Die Energiewende ist möglich". **V o r t r a g s b e g i n n**: 19.30 Uhr. Neuheiten- schau ab 18.00 Uhr im Turner Hölzl, Rohrdorf.

*Fortsetzung von Seite 1*

zung der Aktion. Das Ziel für das Jahr 1997/98 haben wir uns deshalb 2000 m<sup>2</sup> vorgenommen. Die Spielregeln bleiben gleich: Wer vom 1.5.97 bis zum 30.4.98 eine Solaranlage in Betrieb nimmt und uns das meldet, nimmt wieder an einer großen Verlosung teil. Auch diesmal gibt es Geldpreise in Höhe von 1000 DM, 750 DM und 500 DM zu gewinnen. Wir zählen auch für diese Aktion auf die Mitarbeit aller!

## Neue Förderrichtlinien

**Die Bayerische Staatsregierung hat die Richtlinien zur Förderung von Solaranlagen geändert. Hier ein Auszug aus einem Schreiben der Regierung:**

Der Vollzug des o.g. Förderprogramms hat sich seit 26.06.97 geändert. Danach werden nur noch "Altbauten" gefördert. Ein Altbau ist ein Objekt, bei dem der Zeitpunkt der Anschaffung bzw. der Fertigstellung vor dem 26.06.97 liegt. Bei Neubauten muß die Öko-Zulage nach dem Eigenheimzulagengesetz in Anspruch genommen werden.

Die Höhe der Förderung hat sich bei unten angegebenen Gebäuden geändert. Nicht gefördert werden gewerbliche oder vermietete/verpachtete Gebäude.

EFH mit Investitionskosten von 10.000 DM pauschal 1.500 DM

EFH mit Investitionskosten unter 10.000 DM pauschal 1.000 DM

MFH, sonstige Gebäude mit nur teilweiser Eigennutzung pauschal 1.500 DM

## Impressum

Rosenheimer Solarförderverein  
Hugo-Wolf-Str. 1  
83024 Rosenheim  
Tel.: 08031/89 05 84

Spendenkonto:  
Raiffeisenbank Rosenheim  
BLZ 711 601 61  
Konto 604

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Harald Tüchler, Dr. Rainer Schenk, Martin Winter

Redaktion: Martin Winter

Die **sonnenpost** erscheint einmal im Quartal. Sie ist für Mitglieder kostenlos.

Internet: <http://www.rosenheim.baynet.de/~rosolar>  
eMail: [Birgit.Winter@t-online.de](mailto:Birgit.Winter@t-online.de)

Vorstand:

Martin Winter, Hugo-Wolf-Str. 1, 83024 Rosenheim, Tel./Fax: 08031/89 05 84

Rolf Harloff, Wiechs 43, 83075 Bad Feilnbach, Tel.: 08066/12 21

Peter Veith, Heubergstr. 42a, 83137 Schonstett, Tel.: 08055/82 04

Roland Baumann, Langweid 5b, 83115 Neubeuern, Tel.: 08035/82 99